

### Klischees und ihre Folgen

- Entgegen der landläufigen (und gerne in den Medien verbreiteten) Auffassung geben die von der „Schuldenkrise“ betroffenen Staaten keineswegs besonders exzessiv Geld aus. Im Gegenteil: Die Staatsausgaben in Prozent des BIP lagen seit 1999 für Spanien, Irland und Portugal erheblich unter dem Schnitt der Euro-Mitgliedsstaaten, für Griechenland leicht unter dem Schnitt und für Italien lagen sie auf dem Durchschnitt

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Europäische Union (27 Länder)	46.8	45.3	46.2	46.7	47.3	46.9	46.9	46.4	45.6	46.9	50.8	50.3
Euroraum (17 Länder)	48.1	46.3	47.3	47.7	48.1	47.6	47.5	46.8	46.1	47.1	51.1	50.6
Griechenland	44.4	46.7	45.3	45.1	44.7	45.5	44.0	45.2	46.6	49.7	52.9	49.5
Spanien	39.9	39.1	38.6	38.9	38.4	38.9	38.4	38.4	39.2	41.3	45.8	45.0
Irland	33.7	31.0	32.9	33.2	33.0	33.3	33.7	34.3	36.7	42.8	48.2	67.0
Italien	48.2	46.2	48.0	47.4	48.3	47.7	48.2	48.7	47.9	48.8	51.8	50.3
Portugal	41.0	41.1	42.5	42.3	43.8	44.7	45.8	44.5	44.4	44.7	49.8	50.7

- Ebenfalls entgegen der landläufigen Meinung geben die „Krisenstaaten“ auch nicht besonders viel Geld für Sozialleistungen aus. Auch hier ist das Gegenteil richtig: Die Sozialleistungsquoten sind (mit Ausnahme Italiens, das etwa auf dem Durchschnitt liegt) unterdurchschnittlich
- Tatsächlich überdurchschnittliche, mit Ausnahme Portugals allerdings minimal, sind die Personalausgaben der „Krisenstaaten“.
- Das Problem der „Krisenstaaten“ liegt auf der Einnahmenseite: Alle betroffenen Länder erzielen Staatseinnahmen, die deutlich unter dem EU-Durchschnitt liegen. Daraus erklärt sich der negative Finanzierungssaldo. Ein Hauptproblem ist dabei eine niedrige tatsächliche Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen, während die Verbrauchssteuern dem europäischen Durchschnitt entsprechen.
- In der aktuellen Debatte dagegen wird der Fokus auf die Ausgabenseite und das angeblich zu exzessive Ausgabeverhalten der betroffenen Staaten gelegt. Dies hat vor allem auch ideologische Hintergründe.
- Das Problem ist, dass die angeblich fehlende Ausgabendisziplin (statt des Einnahmenproblems) auch die eingeforderten Maßnahmen zur Bekämpfung der Schuldenkrise dominiert: Die betroffenen Staaten werden verpflichtet, vor allem Ausgaben zu kürzen. Dabei wird notwendigerweise auf die kurzfristig verfügbaren Ausgaben zurückgegriffen: Dies sind die Investitionsausgaben des Staates, Sozialleistungen und die Gehälter des öffentlichen Dienstes.
- Die Entwicklung insbesondere in Griechenland, aber absehbar auch in Portugal, Spanien und Italien, bestätigt dabei (aus sich der Betroffenen leider) die keynesianische Nachfragetheorie: Die massiven Kürzungen bei unmittelbar konsumwirksamen Staatsausgaben haben zu massiven Einbrüchen des Bruttoinlandsprodukts geführt, was durch dann fallende Steuereinnahmen die Haushaltskrise weiter verschärft, anstatt sie zu lösen.
- Hinzu kommt, dass die von der EU ergriffenen Maßnahmen zur Stabilisierung bei den Staatsanleihen so unzureichend sind, dass die Zinssätze für die betroffenen Staaten trotz der Interventionen extrem gestiegen sind. Dies hat erhebliche Mehrausgaben der betroffenen Staaten zur Folge.

### Ursachen der Schuldenkrise

- Die Schuldenkrise liegt nur in kleineren Teilen in Problemen der betroffenen Staaten begründet (natürlich ist die Griechische Steuerverwaltung in Teilen ineffizient und bedarf einer dringenden Verbesserung)
- Wesentlichere Ursachen liegen aber
  - in der Finanzkrise, die erhebliche Staatsausgaben zur Bankenrettung erzwungen hat, die die Staatsschulden stark hat ansteigen lassen.
  - in einer fehlenden makroökonomischen Koordinierung in der EU oder wenigstens in der Euro-Zone: Die massive reale Abwertung, die die deutsche Politik forciert hat, hat die Leistungsbilanz-Ungleichgewichte in der Euro-Zone dramatisch verschärft, ohne dass entsprechende Ausgleichs-Mechanismen vorgesehen waren.
  - in den durch die Leistungsbilanz-Ungleichgewichte ausgelösten massiven Kapitalströme in die (heutigen) Krisenländer, die dort angelegt und (als Kredit) aufgenommen werden mussten.
  - in einen unregulierten Finanzmarkt, der nach dem Crash bei Immobilien-Krediten Staatsanleihen (vermeintlich) schwacher Staaten als neues Objekt für Spekulationen entdeckt hat und damit massiv krisenverschärfend (und auch krisenauslösend) wirkt.

### **Untaugliche Lösungsansätze**

Die meisten der bisher vorgeschlagenen Lösungsansätze sind untauglich:

- Die jetzige Politik, (übrigens gewinnorientierte) Hilfskredite an massive Sparauflagen zu knüpfen, verschärft die Krise. Statt dessen wäre ein Hilfskonzept notwendig, das den betroffenen Staaten die notwendige Sicherheit schafft, um langfristig angelegte Reformkonzepte umzusetzen (Effizientere Verwaltung, höhere reale Steuereinnahmen, Anpassung der Wirtschaftsstrukturen)
- Ein Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone hätte die unmittelbare Staatspleite Griechenlands zur Folge. Er würde außerdem spekulativen Angriffen auf andere Euro-Staaten die Tür öffnen. Treten auch andere (größere) Staaten aus der Euro-Zone aus, führt dies nicht nur in den betroffenen Staaten zu ökonomischen Verwerfungen, sondern auch in Deutschland: Der Rest-Euro würde massiv aufwerten, statt die Leistungsbilanz-Überschüsse Deutschlands „sanft“ zu schließen, wäre ein massiver Einbruch der Exportwirtschaft die Folge.
- Ein unkontrollierter Staatsbankrott Griechenlands würde einerseits die Griechische Gesellschaft massiv treffen und ähnlich wie ein Austritt Griechenlands aus dem Euro massive Ansteckungseffekte bergen. Daneben ist nicht absehbar, welche Auswirkungen ein (unkontrollierter) Staatsbankrott auf das Finanzsystem in der EU hätte – möglicherweise wären massive Stützungen der europäischen Banken notwendig.

### **Was ist zu tun?**

- Um kurzfristig die Krise einzudämmen, muss der massive Zinsanstieg für die „Krisenstaaten“ beseitigt werden. Dazu muss die Europäische Union die Kreditaufnahme bündeln (Euro-Bonds). Diese sind akut notwendig, für ihren langfristigen Einsatz muss der Vertragsrahmen ausgehandelt werden, um kein „Moral Hazard“-Problem zu schaffen
- Für Griechenland und möglicherweise auch für Portugal ist ein Schuldenschnitt notwendig, er muss aber kontrolliert durchgeführt werden, z.B. durch einen zentralen Ankauf von Staatsanleihen unter Nennwert aus Mitteln des Stabilitätsfonds. Dabei müssen auch die privaten Gläubiger einbezogen werden. Weil ein solcher Schuldenschnitt wahrscheinlich bedeuten würde, dass Griechenland (und Portugal) keinen Zugang mehr zu den Finanzmärkten hätten, muss die laufende Kreditaufnahme für Griechenland (und Portugal) über die EU sichergestellt werden.
- Daneben muss die EU ein Programm auflegen, das den betroffenen Staaten eine langfristig stabile wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht. Dazu gehört ein Investitionsprogramm zur Schaffung von (sinnvoller) Infrastruktur.

- Neben diesen Akutmaßnahmen kann die Krise langfristig nur beseitigt werden, wenn das Nicht-Funktionieren von Finanzmärkten in den Blick genommen wird, außerdem das Problem der massiven Leistungsbilanz-Ungleichgewichte. In der EU ist dafür eine zentrale Wirtschaftsregierung (allerdings nicht unter neoliberalen Vorzeichen) notwendig, die die notwendigen Mittel für Ausgleichsmechanismen zur Verfügung hat.